

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Abgabe kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Zeitschrift 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postfach 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Die handelspolitische Sackgasse.

Der Sturm, der durch den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion entfacht wurde, hat verschiedene Pläne für eine wirtschaftliche Neuordnung Europas aufgewirbelt. Noch ist es nicht abzusehen, ob das Gewitter die Luft reinigt oder aber weitere Zerstörung anrichtet wird. Auf der einen Seite besteht der Zwang, aus der Sackgasse der wirtschaftlichen Isolierung herauszukommen, auf der anderen verwickeln sich die widerstrebenden Interessen, die Verschlingungen politischer Motive mit wirtschaftlichen Lösungsversuchen und die machtpolitischen Intrigen in ein schwer zu lösendes Knäuel. Die deutsch-österreichische Zollunion wurde von Frankreich als ein politischer Plan, der den Anschluß Österreichs an Deutschland vorbereiten soll, aufschärft abgelehnt. Die Verbündeten Frankreichs haben sich dieser Ablehnung angeschlossen. Der Wortführer der Opposition ist die Tschechoslowakei, die den Zusammenschluß nicht allein aus machtpolitischen Gründen verhindern möchte, sondern auch starke wirtschaftliche Nachteile von einer deutsch-österreichischen Zollunion zu erwarten hat. Ihr bisheriger Abstoß nach Österreich droht darunter zu leiden, selbst im Falle, daß sich die Tschechoslowakei der deutsch-österreichischen Zollunion anschließen würde. Bei den übrigen Verbündeten Frankreichs, die, wie Polen, Jugoslawien und Rumänien, von einer Zollunion, welche mit Regionalverträgen zugunsten der osteuropäischen Agrarländer verbunden werden könnte, wirtschaftliche Vorteile zu erwarten hätten, spielt die bei der Ablehnung des Zollunionsplanes politische Abhängigkeit die entscheidende Rolle. Das sozialistische Völkerverständnis spürt seine Intrigen, indem es den Zollunionsplan zur Entfremdung Deutschlands von Frankreich und unter Beteiligung Ungarns zur Gründung eines antifröhen Blockes auszunutzen möchte. Es gibt aber auch eine Anzahl anderer Länder, die zwar keine politischen Bedenken gegen die Zollunion haben, die sie aber aus wirtschaftlichen Gründen bekämpfen. Die Opposition dieser Länder stützt für das Zustandekommen der Union um so schwerer in die Waagschale, da sie mit Deutschland und mit Österreich Wirtschaftsverträge haben und auf Grund solcher Verträge den Zollunionsplan unter Umständen zu durchkreuzen vermögen. Kommen nun die Rechte aus der Wirtschaftsgünstigkeit im Falle einer wirklichen Zollunion nach international anerkanntem Recht nicht in Frage, so liefert die Tatsache, daß der deutsch-österreichische Plan aus politischen Gründen nicht als „echte“ Zollunion aufgegriffen werden konnte, sondern einer solchen gegenüber verschiedene Einschränkungen erlassen mußte, die rechtliche Grundlage für die Bekämpfung der Zollunion wegen der Verletzung der Wirtschaftsgünstigkeitsrechte.

Das allgemeine Gefühl, daß es bei der Ablehnung des Zollunionsplanes nicht sein Bewenden haben kann, daß ihm vielmehr andere Pläne zur Erleichterung der weltwirtschaftlichen Krisenlage entgegengestellt werden müssen, bewog die französische Regierung, einen Gegenplan aufzustellen, dessen Einzelheiten zwar noch nicht veröffentlicht wurden, der aber in seinen Umrissen bereits bekannt ist. Das Gerücht der osteuropäischen Länder soll nach diesem Plan von den europäischen Zuschuldern durch Gewährung einer Vorzugsbehandlung gegenüber den überseeischen Ländern gekauft werden. Außerdem soll diesen Ländern Kredithilfe zufließen. Die Störungen der europäischen Industriewirtschaft sollen nach diesem Gegenplan beseitigt werden durch Zugriffen auf die Pläne des französischen Ministers und Großindustriellen Loucheur, der zur Ausheilung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Gründung

internationaler Kartelle fördern will. Man kann es füglich bezweifeln, daß internationale Kartelle, die sich im übrigen nur auf eine kleine Anzahl von Produktionszweigen erstrecken können, das europäische Wirtschaftssystem einer Lösung näherbringen. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß durch ein Netz von internationalen Kartellen, die stets mit einem Gebietschutz, mit dem Ausschluß der Konkurrenz des Auslandes verbunden sind, die Unwirtschaftlichkeit der Produktion und die Schleuderausfuhr noch verstärkt wird. Ebenfalls wenig scheint im Rahmen des Gegenplanes die Sanierung der osteuropäischen Agrarländer gesichert zu sein. Bleiben Deutschland und Österreich von diesem Plan fern, so können die anderen europäischen Zuschuldern das osteuropäische Getreide auf die Dauer nicht bzw. nicht ohne große Opfer kaufen. Daher bleibt im französischen Gegenplan die Kredithilfe an kreditbedürftige europäische Länder am wichtigsten. Zur Erleichterung der Krise bedarf es zweifellos eines solchen Ausgleichs der Kapitalien. Frankreichs Kapitalreichtum würde es gestatten, den europäischen Ländern Kapitalien zur Verfügung zu stellen. So erwünscht und nötig jedoch eine solche Kredithilfe sein mag, sie allein kann die Neuordnung der europäischen Wirtschaft nicht gewährleisten.

Der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion hat demnach zunächst nur die gewaltigen Schwierigkeiten einer Einigung in Erscheinung treten lassen. Es ist jedem Einsichtigen klar, daß eine Lösung nur gefunden werden kann, wenn sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Gegensätze erleichtert werden und dadurch die allgemeine europäische Atmosphäre bereinigt wird. Von großer Bedeutung ist dabei die Rücknahme auf England, dem bei der Klärung der politischen Streitpunkte die Vermittlerrolle zufällt. Es dürfen nicht Lösungsversuche angestrebt werden, die Englands wirtschaftliche Interessen stark schädigen und es ihm daher unmöglich machen, jene Vermittlerrolle zu spielen.

Der politische Streit hängt mit dem Problem des Weltfriedens aufs engste zusammen. Im Zollunionsplan kämpft Deutschland um seine Gleichberechtigung. Die Zollunion bedeutet den Anschluß Österreichs an Deutschland noch nicht, doch dürfte eine Zollunion mit der Zeit zweifellos zum Anschluß führen. Hat somit der Zollunionsplan das Anschlußverbot nicht durchbrochen, so drückt er dennoch die Ueberzeugung aus, daß jenes Verbot auf die Dauer nicht haltbar ist, zumal es von den breitesten Kreisen der Bevölkerung als unmoralisch empfunden wird. So muß der Plan als eine Mahnung an das politische Gewissen Europas aufgefaßt werden, das unwürdige Anschlußverbot zu beseitigen, wozu im Friedensvertrag die Wege offengelassen wurden. Praktisch bedeutet diese Forderung die Herstellung von freundschaftlichen politischen Beziehungen zu Frankreich, das seine Zustimmung zur Aufhebung des Anschlußverbots erst in einer völlig veränderten politischen Atmosphäre geben wird. Deshalb ist die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen sowohl unter dem Gesichtspunkt der Sicherung des Weltfriedens wie auch für das Problem des Anschlusses entscheidend.

Jedoch ist auch für die wirtschaftliche Verteidigung erforderlich die Behebung des allgemeinen Mißtrauens, in dessen Bann ein jedes Land im anderen den Feind erblickt, gegen den es einen wirtschaftlichen Kampf führen zu müssen vermeint. So war der Grundgedanke der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die füglich über die Richtlinien für die gesamte europäische Zoll- und Handelspolitik zu beraten hatte, der Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze durch eine freihändlerisch gerichtete Zoll- und Handels-

politik. Sie prüfte — wie aus einer Darstellung Otto Bauers bekanntgeworden ist — unter diesem Gesichtspunkt den Plan für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa (Pan-Europa) und konnte dabei die Bedenken nicht unterdrücken, die, trotz der Vorteile eines großen einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebietes, einer solchen Lösung gegenüberstehen. England, die überseeischen Länder und Sowjetrußland stünden dem Zusammenschluß Pan-Europas gegenüber. Würde sich nun ein solches Pan-Europa von den außerhalb gebliebenen Ländern verschließen und über die Schutzzöllner der einzelnen Staaten des europäischen Festlandes noch eine gesamteuropäische „Leberschutzöllner“ aufbauen — und eine solche Lösung liegt in der Linie der gegenwärtigen Schutzpolitik! —, so würden die Schäden eines solchen Zusammenschlusses für den Weltfrieden und die wirtschaftliche Entwicklung größer sein als sein Nutzen. Auch hat die Sozialistische Internationale auf die Gefahren einer „regionalen“ Lösung der europäischen Probleme durch Bildung engerer Gebietsgemeinschaften innerhalb Europas hingewiesen. Eine solche Entwicklung würde das heute vorherrschende Weltbegünstigungssystem durchbrechen und zu seiner schließlichen Beseitigung führen. Die in diesem System wurzelnde Gleichheit der Konkurrenzbedingungen für alle Länder, die dem System angehören, würde schwer gefährdet. Die regionalen Gebietsgemeinschaften könnten allzu leicht zu feindlichen Blöcken werden, die gegeneinander Wirtschaftskriege führen würden. — Ebenso könnte eine deutsch-österreichische Zollunion, die auf Grund hoher Schutzzölle zustande kommt, in dem Deutschland die (zum Teil) höheren österreichischen Industriezölle und Österreich die viel höheren deutschen Agrarzölle für den gemeinsamen Zolltarif übernimmt, die Reibungsflächen der Union gegen die übrige Welt vergrößern und statt einer internationalen Entspannung die Zuspitzung der Gegensätze mit ihren verhängnisvollen Wirkungen für den Frieden, insbesondere auch für die bevorstehende Abrüstungskonferenz, bringen. Diese Ueberlegungen führten die Internationale zur Forderung — die in den letzten Jahren wiederholt mit großem Nachdruck erhoben wurde, auch Gegenstand großer internationaler Konferenzen bildete, die jedoch bisher unerfüllt blieb — einer allgemeinen und gleichzeitigen Senkung der Zölle durch internationale Vereinbarung aller oder doch wenigstens der führenden Zölle. Ein allmählicher Zollabbau könnte zur schrittweisen Durchsetzung des Freihandels in Europa führen ohne Kampfmaßnahmen gegen England, Amerika und die Sowjetunion, ohne Verzicht auf die Weltbegünstigungsklausel.

Diese Richtlinien der Sozialistischen Internationale haben auch für den Fall großen Wert, wenn die Entwicklung in anderen Bahnen verlaufen würde. Die Stellungnahme zur paneuropäischen Frage hat zur Zeit nur akademische Bedeutung, da die gegenwärtige politische Lage für eine solche Lösung noch nicht reif ist. Demgegenüber liegt die Gründung von „regionalen“ Gemeinschaften im Bereich der Möglichkeiten, und damit kann die Frage der Weltbegünstigung (die im System von regionalen Gemeinschaften wenn auch nicht beseitigt zu werden braucht, so doch an Wert stark einbüßt) bald aktuell werden. Ebenso könnte eine deutsch-österreichische Zollunion, falls deren Gründung angesichts der rechtlichen und politischen Lage überhaupt möglich sein wird, sowohl auf der Grundlage einer hochschützöllnerischen wie auf der einer freihändlerisch gerichteten Zollpolitik aufgebaut werden. Deshalb ist die Mahnung der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Wiederaufnahme der bisher gescheiterten Aktion zugunsten des internationalen Zollabbaues ein wichtiger Beitrag zur Entspannung der wirtschaftlichen Beziehungen und zur Förderung des Friedensgedankens. A. S.

Vierzig Jahre in Treue zum Verband.

In bewundernswerter körperlicher und geistiger Frische kann am 30. Mai unfer alter bewährter Kollege Sattler Friedrich Hubert auf eine vierzigjährige ununterbrochene Mitgliedschaft in unserer Organisation zurückblicken. Unter ungleich schwierigeren Verhältnissen als heute vollzog er den Anschluß an den Verband, hat er sich als junger Mensch Achtung und Vertrauen der Kollegenschaft erworben. Mehrere Jahre bekleidete er das Amt des Schriftführers in der Verwaltungsstelle Leipzig. Auch war er in der ersten Lohnkommission tätig, die in schwierigen Verhandlungen mit Einzelfirmen besonders um die Anerkennung des Organisationsprinzips bei den Unternehmern kämpfte. Jahrzehntlang wirkte er dann ehrenamtlich in der Sattlerkrankenkaasse. Ein schönes Beispiel der Treue und Hingabe, das unsere Jungen zum Nachstreben anspornen möge! Wir wünschen dem Jubilär einen langen ungetrübten Lebensabend.

Der Hauptvorstand. Ortsverwaltung Leipzig.

Wieder vereinbarte Mantelverträge.

Tapezierergewerbe.

Elbing. Mit der dortigen Zwangsinnung einerseits und unserem Verband andererseits wurde am 18. April 1931 ein neuer Vertrag, nachdem der alte abgelaufen war, wieder abgeschlossen. Arbeitszeit 48 Stunden pro Woche. Der nach Stunden berechnete Lohn gilt als Mindestlohn. Höhere Löhne können je nach Leistung einzeln vereinbart werden. Für Dekorationsarbeiten außer dem Hause wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde extra bezahlt. Ferien werden gegeben nach neunmonatiger Beschäftigung drei Tage, nach einem Jahr vier Tage und steigend nach jedem weiteren Jahr der Beschäftigung bis sechs Tage. Wenn ein Arbeitnehmer aus der Beschäftigung ausscheidet und seine Ferien nicht erhalten hat, werden diese abgegolten. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Das Lohnabkommen gilt als Bestandteil des Mantelvertrages.

Stendal. Durch Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß am 15. April wurde der bisherige Mantelvertrag erneuert bis einschließlich 1. August 1931 in Kraft gesetzt. Die Parteien verpflichten

sich, in dieser Zeit über den Abschluß eines neuen Vertrages zu verhandeln, der dann nach Fertigstellung automatisch an Stelle des bisherigen Vertrages tritt.

Düsseldorf. Firma Sommer. Der bisher bestehende Tarifvertrag verlängert sich bis 31. August 1931. Wenn der Vertrag nicht bis zum 31. Juli gekündigt wird, läuft er für ein weiteres halbes Jahr.

Kiel. Zu dem zur Zeit bestehenden Mantelvertrag wurde am 14. April 1931 ein für das Tapezierergewerbe geltender Akkordtaarif geschaffen, welcher die Anzahl der Stunden für Matratzen, Aufbetten, Divans, Klummbel sowie Flachpufferstühle allgemein festlegt. Auch für die im Vertrag nicht aufgeführten Arbeiten sind die Akkordsätze vorher zu vereinbaren, oder die Arbeiten konnten nur im Stundenlohn gemacht werden.

Wilhelmsb., Rüstingen und Regierungsbereich Aurich. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Oldenburg ist am 7. Mai 1931 ein Tarifvertrag mit Lohnabkommen, für das Tapezier- und Sattlergewerbe geltend, zustande gekommen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Leberstunden werden mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. In Akkord darf nicht gearbeitet werden. Ferien erhält jeder Beschäftigte, und zwar nach 1 Jahr Betriebszugehörigkeit drei, nach 2 Jahren vier, und nach 3 Jahren sechs Arbeitstage. Nach einer Protokollnotiz sollen die Ferien infolge der schwierigen Wirtschaftslage für 1931 gekürzt werden. Eine Kündigungsfrist im Arbeitsverhältnis besteht nicht. Der Vertrag gilt bis 31. Dezember 1931. Die Annahme des Schiedspruches durch die Parteien steht noch aus.

Berlin. Vereinbarung zwischen der Theaterausstattungsfirma „Theater-Kunstgewerbehaus“ und unserem Verband.

Die Arbeitszeit wurde mit 44 Stunden — täglich 8, Sonnabends 4 Stunden — festgelegt. Leberstunden sind nur in dringenden Fällen zulässig und werden mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Arbeitslohn für Tapezierer und Dekorateur 1,45 Mt., Näherinnen erhalten 90 Pf. Stundenlohn. Für Montage außerhalb des Betriebes innerhalb der Stadtgemeinde Berlin wird ein Zuschlag von 15 Pf. bezahlt. Ferien werden nach dreimonatiger Tätigkeit im Betriebe drei Arbeitstage gegeben. Die Höchstdauer der Ferien beträgt nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit sieben Arbeitstage. Arbeitnehmer, die wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, erhalten bei Wiedereintritt, sofern zwischen den Beschäftigungszeiten keine längere Unterbrechung als zwei Jahre bestehen, die Zeit auf ihre Urlaubstage angerechnet. Der Vertrag gilt bis zum 30. Juni 1932.

Berlin. Vereinbarung für die maßgebendsten Firmen der Plan-, Motor-, Eisen- und Zeltfabriken in Berlin.

Am März d. J. wurde für die Arbeitnehmerschaft der bezeichneten Fabriken ein Mantelvertrag mit Lohnabkommen geschlossen. Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich. Leberstundenananschlag 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Die Arbeitnehmer erhalten an den arbeitsfreien Feiertagen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, je 1 Tag bezahlt. Der Arbeitslohn wird nach Stunden berechnet. Für die Bezahlung gilt folgender Schlüssel:

Gruppe I	Handwerker und Segelmacher	100 Proz.
" II	Jugendliche Handwerker und Segelmacher bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit	80
" III	Hilfsarbeiter (ungelehrte Arbeiter) von 18 bis 20 Jahren über 20 Jahre	73 87
" IV	Nachlernmädchen	73
" V	Handarbeiterinnen	63

Montagearbeit wird in Berlin und in den Vororten mit 10 Pf. Zuschlag vergütet. Bei Übernahme von Außenmontage werden die persönlichen Unkosten der Arbeitnehmer bei einer Dauer von 6 Tagen mit 7 Mt., bei einer Dauer von über 6 Tagen mit 6 Mt. pro Tag bezahlt. Bei Akkordarbeit ist der Mindestlohn den Arbeitern garantiert. Die Arbeitsvermittlung geschieht nur durch den bestehenden Facharbeitsnachweis. Ferien erhalten Arbeiter und Arbeiterinnen im zweiten Halbjahr unter Fortzahlung des jeweils gültigen Stundenlohnes, und zwar nach halbjähriger ununterbrochener Tätigkeit 3 Arbeitstage, nach 1 Jahr 5 Arbeitstage und nach 2 Jahren 7 Arbeitstage und für jedes weitere Beschäftigungsjahr im Betriebe 2 Arbeitstage mehr bis zur Höchstdauer von 12 Arbeitstagen. Krankheit und Aussetzen gilt nicht als Unterbrechung der Beschäftigungsdauer. Beschäftigte, die in einen Betrieb zurückkehren, in dem sie früher beschäftigt waren, wird die frühere Tätigkeit bei dem Bemessen der Ferien angerechnet, sofern der damalige Austritt nicht länger als zwölf Monate zurückliegt und die Entlassung nicht aus einem wichtigen Grunde der Gewerbeordnung erfolgte. Arbeitnehmer, die nach dem 1. Januar jedes Kalenderjahres ohne ihr Verschulden entlassen werden und im vergangenen Kalenderjahr Ferien erhalten haben, wird auf Grund ihrer Beschäftigungsdauer jedes Kalenderjahres der erreichte Urlaubsanspruch angerechnet, und zwar erhalten diese ein Zwölftel der im Tarifvertrag vorgegebenen Ferienstufe. Sämtliches Werkzeug wird dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber geliefert. Die Vereinbarung tritt am 1. April 1931 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. April 1932. Wird sie 6 Wochen vor Ablauf nicht gekündigt, gilt sie ein weiteres Jahr. Für die Lohnregelung erforderlichen Vereinbarungen werden jeweils zwischen den Parteien getroffen. Sie bilden jedoch einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages.

Wirtschaft und Kultur.

Ich lese mich selbst.

Ich schrieb neulich eine kleine Arbeit für dein Gewerkschaftsblatt. Ich hatte da etwas erlebt, was mich packte, und was ich dann las oder sah, ich verband alles mit dem Eindruck jenes Erlebens. Und aus dieser aufgewühlten Seele schrieb ich jene Arbeit für das Gewerkschaftsblatt.

Nach einiger Zeit bekam ich das Blatt zu Gesicht und ich las in ihm meine Arbeit. Sie lockte mich. Sie interessierte mich, und sie erfreute mich. Und ich gab ihr recht. Dieser Arbeit. Nicht etwa mir. Denn ich kannte mich in der Arbeit gar nicht wieder.

Es war, wie wenn ein anderer das geschrieben hätte. Ein Ferner, Unbekannter. Der ich das las, war wie ihr, die ihr lest. Rehmend, bemerkend, erfassend. Aber die Arbeit da war erfüllt von Wollen und Schenken und von Bemühen und voll einer Seele, die mich erfreute. Aber sie erfreute mich als Fremden, als einen Mäßen, der da nach des Tages Arbeit las.

Wer hat denn die Arbeit geschrieben? Ich? Ja, ich, und doch nicht ich. Sondern ihr. Wir alle. Aus der Bewegung wurde sie geboren.

Jeder schaffende Mensch ist in seinen Schöpferstunden nicht mehr er selber. Dann denkt es und fühlt es und glüht es in ihm. Dann ist er nur das Organ, in dem das Leben, in dem das Gesamte sich ausdrückt. Das Bewußtsein des Ganzen, das er trägt wie jeder und dessen Künßer er ist, wie so viele andere an anderem Orte und zu anderer Stunde und in anderer Weise es künden.

Die Welt ist aus dem Individualismus ins Kollektive gewachsen, und jeder einzelne ist nur durch das Ganze und durch das Zusammenleben der, der er ist. Und jeder schöpferische Mensch ist in den Stunden seines Wirkens nur der Ausdruck des Ganzen, das da in ihm in dieser oder jener Weise ringt.

Als Charlie Chaplin nach seinen ersten Filmen sich selbst da auf der Leinwand sah, staunte er aus diesem gleichen Urwesen des Schöpferischen über sich selbst. Das sollte er sein? Er sollte dieses ge-

schaffen haben? Und er freute sich lässlich dieses anderen, der er selbst war.

Was Goethe schon vor hundert Jahren ausgesprochen hat, das tritt heute immer klarer und bewußlicher als Wirklichkeit in die Erscheinung, daß die Welt ein geschlossenes Ganzes ist, dem sich keiner entziehen kann, so daß auch, wie Goethe es aussprach, niemand sagen könne, das wäre „eine“ schriftstellerische Arbeit, das wäre „sein“ Buch. „Es“ hat das Buch geschrieben. In den Schöpferstunden preßt sich das Gesamtbewußtsein heraus. Bieweil mehr gilt das heute, wo sich in der sozialen Bewegung der Masse ein so starkes Gesamtbewußtsein gebildet hat!

Die soziale Bewegung der Arbeiterschaft trägt ungeheure rüttelnde und geistige Kräfte auslösende Energien in sich. Sie ist ein seelischer und ethischer Urquell für Schöpfermensch. Aus ihr werden Worte. Aus ihr wird Kunst. Aus ihr wird neuer Geist zu neuer Form.

Damit ist jeder einzelne als Glied der Bewegung eine geistige, sittliche und künstlerische Kraft, und die Kultur wird um so schöpferischer und unversäler und großartiger und revolutionärer werden, je stärker das Gesamtbewußtsein ist und je tiefer und entschiedener und solidarischer und größer du als Glied deiner Bewegung wirst!

heraus aus dem Alltag!

Menschen sind nicht berufen, immer und immer zu darben nur in Alltag und Eckerlei. Etwas vom Schöpfer lebt in uns allen. Da möchte sich in uns allen etwas reden und strecken. Etwas werden. Etwas Ureigenes, anderes, das uns erhebt und durchbebt und erfreut. Und wenn es bei Menschen oft anders ist, dann hat der Alltag dieses schöpferische Wesen des Menschen erstickt.

Wenn man die Forscher fragt, wonach sie am meisten von ihren Mitmenschen gefragt werden, dann antworten sie, daß Menschen am liebsten etwas Besonderliches zu hören wünschen, von den Wundern der weiten Natur, von dem, das so anders als das

Gewöhnliche ist. Und Reisende, die fremde Erdteile besuchten, müßten Eigentümliches jener Länder berichten. Und Ingenieure können nicht mehr Staunen erregen, als wenn sie den Menschen etwas künden von den Erfindungen des Morgen, jenem uns heute noch Unbegreiflichen, das morgen dennoch schon Wirklichkeit ist.

Ob es daher nicht kommt, daß auch Biographien heute so gern gelesen werden? Lebensbeschreibungen finden ein ungeheures Interesse, und vielleicht besonders unter den Frauen, wenn man gewisse Statistiken verallgemeinern darf.

Warum wollen Menschen die Beschreibung des Lebens irgendeines bekannten Mannes lesen? Weil sie vermuten, daß dieses Leben aus der allgemeinen Normalisierung herausreicht, unter der ihr eigenes Leben zu leiden hat. Weil sie ihr Verlangen nach Originalen ihrer Persönlichkeit befriedigen wollen. Es ist ein Schrei aus der Mechanisierung dieses Alltagslebens heraus. Nach hat die auf das Neugierliche eingestellte kapitalistische Gestaltung des Zusammenlebens das Urprüngliche im Menschen nicht erstickt.

„Das Interesse der heutigen Menschen für Darstellungen und Selbstdarstellungen irgendwie bedeutender, irgendwie vorbildlicher Menschen ist über groß“, schreibt Hermann Hesse, der Dichter. „Es ist so groß, daß es oft wie ein verzweifeltes Suchen nach dem verlorengegangenen Bilde des Menschen anmutet. Zuweilen kann es scheinen, es sei bis in die Tage unserer Väter hinein etwas lebendig und wirksam gewesen, was seither verschwunden sei und dessen Verlust die Menschheit trant mache.“

Die Mechanisierung und Normalisierung des Lebens ist aus dem Fröhligkeit des Kapitalismus heraus ins Menschenfeindliche geworden, daß der Mensch innerlich darbt. Hinter allem lauten Getriebe ist ein Stück Weltweh verborgen. Da jenseits von allem äußertlichen Treiben leidet der Mensch. Da sucht seine Seele. Und sie rettet sich so oder so. Und doch darbt sie. Weht sie. Leidet sie. Wartet sie auf das große Erwachen der Menschheit, das da kommt.

Dr. A. S.

Geringe Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Arbeitslosen ist nach dem vorliegenden Bericht der Reichsanstalt vom 30. April bis zum 15. Mai 1931 um 149 000 Personen zurückgegangen. Am 15. Mai waren noch 4 211 000 Berufstätige in Deutschland arbeitslos, also 726 000 weniger als Mitte März, wo mit 4 972 000 Erwerbslosen der Höchstpunkt der Arbeitslosigkeit gemeldet wurde. Zurückgegangen sind, infolge Verschärfung der Unterförhungsbedingungen, die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung um 174 000 auf 1,710 Millionen, gestiegen ist dagegen die Zahl der Krisenunterstützten um rund 11 000 auf 914 000 Personen.

Baufätigkeit im 1. Vierteljahr 1931.

In den drei ersten Monaten dieses Jahres wurden dem Wohnungsmarkt 25 500 Wohnungen neu zugeführt, das sind 42 Proz. weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der erhebliche Rückgang der Zahl der Bauvollendungen ist auf das Zusammenfallen verschiedener Umstände zurückzuführen. Die Zahl der in das Jahr 1931 unvollendet übernommenen Bauten ist kleiner gewesen als im Vorjahr; der Bestand an noch nicht vollendeten Wohnungsbauten besitzerte sich z. B. in Preußen Anfang 1931 auf 95 000, anfangs 1930 auf 104 000 Wohnungen. Eine gewisse Zurückhaltung in der Fertigstellung von Wohnungsbauten dürfte die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen gebracht haben, nach der für alle nach dem 1. April 1931 fertiggestellten Wohnungen gewisse Steuerbefreiungen gewährt werden. Auch die schwebenden Lohnverhandlungen für das Baugewerbe dürften verzögernd gewirkt haben. Die Einschränkung der Hausinsitutermittel für den Wohnungsbau wie auch die Hoffnung auf weitere Senkung der Baukosten dürften auf den Rückgang des Baubeginns nicht ohne Einfluss gewesen sein. Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 12 400 Wohnungen begonnen, also 27 Proz. weniger als im Vorjahr.

Werttätige treiben Flugsport!

Der „Sturmvoegel“, Flugverband der Werttätigen e. B., beginnt das dritte Jahr seiner Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit darf man einen Blick zurückwerfen auf die Zeit seines Entstehens: „Luftfahrt — Sache des ganzen Volkes“, „Flugsport muß Volkssport werden“, mit diesen Leitsätzen trat der junge Fliegerverband in die Öffentlichkeit. Damals lächelten nicht nur die Laien mitleidig über ein so schwieriges Unterfangen. Aber die Rechnung, daß auch auf diesem Gebiet eine Massenorganisation der Werttätigen das bisher Unerreichbare verwirklichen könne, hat sich als richtig erwiesen. Allein der äußere Bestand des „Sturmvoegel“ beweist es.

Überall in ganz Deutschland sind Ortsgruppen des Verbandes emporgewachsen und noch immer mehr taugendürftige alte und junge Sportsfreunde melden sich an. Im Gau Berlin beispielsweise ist der „Sturmvoegel“ überhaupt die größte aller Flugsportvereinigungen. Nicht jedoch nur in den Großstädten und Luftverkehrszentren, auch in kleinen und kleinsten Orten haben sich genügend Flugbegeisterte zusammengefunden. Die Zahl der Gruppen ist nach wie vor im Wachsen und beträgt zur Zeit 193. — Viel praktische Arbeit ist in primitiven Basteiwerkstätten mit beschiedenen Mitteln geleistet worden. Über 200 Segelflugzeuge wurden von den Basteigruppen bisher gebaut. Ja, es gibt Gruppen, die bereits vor der Vollendung des dritten und vierten Flugzeuges stehen. Hunderte von Flugschülern wurden auf den Segelfeldern des Verbandes in die Kunst des Gleit- und Segelfliegens eingeweiht und im kommenden Rhön-Segelflug-Wettbewerb wird der „Sturmvoegel“ zum ersten Male am Start teilnehmen.

Daß der Flugverband der Werttätigen auch über eine stattliche Zahl von Verkehrs- und Sportmaschinen verfügt, ist bekannt. Daß er aber auch erfolgreich den Selbstbau von Motorflugzeugen begonnen hat, darf der Verband heute mit Stolz bezeichnen. Am Himmelabstige wurde in Berlin das Leichtflugzeug der Gruppe Friedrichshain geweiht, das nach eigenen Konstruktionsplänen mit geringsten Mitteln, buchstäblich aus den opferwillig gesparten Groschen der Werttätigen geschaffen wurde. Andere Gruppen sind dabei, diesen Typ eines Motorflugzeuges, das nur wenige hundert Mark an Baukosten verlangt, weiter zu entwickeln. In Kürze hofft der „Sturmvoegel“ so viele dieser Maschinen zu besitzen, daß in jeder Gruppe auch der Vermiste praktisch zum Fliegen kommt. So ist durch das Wirken des „Sturmvoegel“ der Flugport trotz der bitteren Not schwerer Krisenjahre heute schon gesunder und billiger, ein wahrer Volkssport geworden.

Die Not der Ausgelernten.

Die Arbeitslosenziffer sinkt. — Die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen steigt.

Die Millionennarme deutscher Arbeitsloser hat sich erfreulicherweise in den letzten Wochen um einige tausend verringert. Dieser verhältnismäßig geringe Rückgang hat uns wieder zu neuen Hoffnungen angeregt. Mit einem Rückgang von wenigen Tausenden haben wir rechnen gelernt, das kennzeichnet am besten unsere schwere wirtschaftliche Not. Die mit dem Rückgang der Arbeitslosenziffer gebegten Hoffnungen, daß damit auch die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen abnehmen würde, haben sich nicht erfüllt.

Die Jugendlichen sind durch die Wirtschaftskrise in den vergangenen Jahren am schwersten betroffen worden. Eben ausgelernet, wurden sie aus den Betrieben, in denen sie lernten, entlassen. Vieles von dem, was in den drei bzw. vier Lehrjahren erreicht wurde, ist wieder verlorengegangen. Die Auswirkungen dieser verkehrten Wirtschaftspolitik haben wir am meisten zu spüren bekommen. Die Jahrgänge, die in den Jahren von 1925 bis 1930 auslerneten, wurden von dieser Not besonders betroffen. Zweijährige dreijährige Arbeitslosigkeit war bei diesen Jugendlichen nichts Außergewöhnliches. So hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, mit der ständig steigenden Wirtschaftskrise erhöht. Verzeichneten wir am 31. Juli 1929 100 000 gemeldete arbeitslose Jugendliche, so waren es am 31. Juli 1930 228 000, am 31. Januar 1931 395 000 und bei der letzten Erhebung stellen wir weit über 550 000 erwerbslose Jugendliche fest.

Unsere Hoffnung, daß sich diese Zahl recht bald herabmindern lasse, ist durch die von uns jetzt neu vorgenommene Erhebung nicht erfüllt worden. Nurken wir doch feststellen, daß die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen trotz sinkender Arbeitslosenziffer weiter steigt. Damit rückt das Erwerbslosenproblem der Jugend in den Vordergrund unserer Aufgaben.

So wurde uns mitgeteilt, daß von den 500 bis 600 Jugendlichen, die in Kiel Ostern auslerneten, bereits 400 bis 450 Jugendliche die Arbeitsstelle verlassen mußten und von nun ab für die nächste Zeit der Kontrolle des Arbeitsamtes unterstehen. Damit sind beinahe vier Fünftel aller Ausgelernten aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen.

Die Zahl der arbeitslos gewordenen Jugendlichen von 400 bis 450 verteilt sich auf die Berufsgruppen etwa wie folgt:

Angestellte (männlich)	60—70
Baugewerbe	180—180
Metallgewerbe	140—175
verschiedene Berufe	30—40

Mit diesen Angaben ist erwiesen, daß nahezu alle Jugendlichen, die Ostern die Lehre verlassen, arbeitslos wurden. Steigert sich diese Zahl doch noch jeden Tag um weitere. Es ist zu befürchten, daß in wenigen Wochen nur noch einzelne von den Ausgelernten in den Betrieben beschäftigt werden. Zu dieser Not der Ausgelernten kommt hinzu, daß viele von den jungen Menschen, die Ostern die Schule verlassen, keine Arbeitsstelle fanden. Geht es manchen von diesen auch noch, irgendeine Schule zu besuchen, so verbringt der größere Teil den Tag planlos. Wir stehen damit vor einer der größten der Aufgaben, die es gilt, auf irgendeine Weise zu lösen. Mit Bedauern stellen wir deshalb fest, daß trotz aller Kommissionen und Debatten, die sich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigen, an den vorhandenen Einrichtungen, die der erwerbslosen Jugend dienen, erhebliche Einschränkungen trotz unseres Protestes vorgenommen wurden. So wurden die bisher in Kiel durchgeführten Werttätige eingestellt. Mit dieser Feststellung sind wir an dem Punkt angelangt, wo unsere Kritik einzuleiten hat und von wo aus wir einen Vorstoß unternehmen müssen. Ich wies schon darauf hin, daß sich alle möglichen und unmöglichen Kommissionen mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigen haben. Daß endlose Debatten in den verschiedensten Kreisen über die Not der Jugend geführt wurden. Das Ergebnis all dieser Gutachten, Aussprachen und Entschlüssegen ist ohne Erfolg geblieben. Nicht deswegen, weil man das Problem von der einen oder anderen Seite anpacken könnte, sondern weil über jede dieser Beratungen nur die einzige Frage stand, was kostet der Vorschlag.

Die noch immer steigende Zahl der jugendlichen Erwerbslosen, die vorgenommenen Einschränkungen an deren Einrichtungen verpflachten, sind, ein für allemal Schluß damit zu machen, das Arbeitslosenproblem der Jugendlichen als ein Rechenproblem zu betrachten. Es ist kaum denkbar, unter den heutigen Umständen trotz der schweren wirtschaftlichen Lage von Gemeinde, Staat, Provinz und Organisationen, die sich bisher mit dieser Aufgabe beschäftigen, daß irgendwelche Einschränkungen vorgenommen werden. Das Vorhandene muß unter allen Umständen für die jugendlichen Erwerbslosen ausgebaut werden. Die Zahl von 555 000 erwerbslosen Jugendlichen und die Tatsache, daß von den Ostern Ausgelernten, wie das

Kiefer Beispiel zeigt, vier Fünftel arbeitslos wurden, weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß der Ruf arbeitende Jugend in Not keine Brause irgendeiner Richtung ist, sondern daß die Wirtschaft uns verpflichtet, alles daran zu setzen, um diese Not zu lindern. Staat und Wirtschaft haben die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß einmal die bestehenden Einrichtungen in ihrem Bestand erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden. Zum ändern müssen auch die Jugendlichen bei den Neueinstellungen mit berücksichtigt werden. Sollte man diese Vorschläge auch wieder hinnehmen und das Erwerbslosenproblem der Jugendlichen weiter als eine schöne Rechenaufgabe betrachten, dann befürchte ich, daß das, was Brentano, der Gründer des Vereins für Sozialpolitik, am Ende seiner Erklärung zum Austritt aus diesem Verein sagte, richtig ist. Was will man eigentlich durch diese Wirtschaftspolitik erreichen? Ich verweise diese Politik nicht.

So muß es jedem gehen, der sich mit dem Problem der erwerbslosen Jugendlichen beschäftigt, und der feststellen mußte, daß selbst mohabende Kreise nur Zahlenumstellungen liefern und glaubten, mit sinkenden Arbeitslosenziffern verminderten sich auch die jugendlichen Erwerbslosen. Daß dem nicht so ist, zeigt das angeführte Beispiel. Die Einführung der 40-Stunden-Woche und Berücksichtigung der Jugendlichen bei Neueinstellungen ist die dringendste Augenblicksaufgabe. B. B.

Unersättliche Lohnabbauforderungen.

Die letzten Tarifverneuerungen sind zumeist nur kurz befristet worden, so daß ein großer Teil der Tarifverträge der ersten oder, richtiger gesagt, der zweiten Lohnabbauwelle — dem Tariflohnabbau war bereits eine Kürzung der Arbeitseinkommen durch einschneidenden Abbau der Akkorde sowie überörtlicher Zulagen vorausgegangen — schon in den nächsten Monaten ablaufen. Das Unternehmertum rüfzt sich nun bereits auf einen weiteren Angriff auf Löhne und Gehälter. Als Vorkämpfer treten diesmal die sächsische Metallindustrie und der Bergbau auf den Plan. Die sächsischen Metallindustriellen verlangen neue Lohnkürzungen bis zu 20 Proz. Der Ruhrbergbau hat die Lohnkürzung bereits zum 30. Juni dieses Jahres gefündigt und will unter allen Umständen einen weiteren Abbau der Bergarbeiterlöhne durchsetzen, obwohl erst vor fünf Monaten die Bergarbeiterlöhne um 6 Proz. gesenkt und das Arbeitseinkommen der Bergleute durch die zahlreichen Feierschichten außerordentlich herabgedrückt wurden. Die Bergbaugesellschaften verkünden bereits in ihrem Geschäftsberichten, daß der einzige Ausweg für den Ruhrbergbau ein weiterer Lohnschnitt sei. Dr. Silverberg verlangt als Aufsichtsratsvorsitzender der Harpener Bergbau AG, die Wiederherstellung der freien Tarifarbeit — für den Ruhrbergbau, der das straffit tarifeierte Gebilde der deutschen Industriewirtschaft darstellt. Freie Wirtschaft heißt für das Großkapital uneingeschränkte Monopolherrschaft, aber Aufhebung der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zum Zwecke des rückständigen Abbaus auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet.

Der Reichsarbeitsminister Siegelwald hat auf dringendes Vorstellen der Gewerkschaften erklärt, „daß er eine zweite Lohnabbauwelle aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar halte“. In der Tat wäre eine erneute Nachgiebigkeit gegenüber den unersättlichen Lohnabbauforderungen der Unternehmer gleichbedeutend mit einer weiteren Krisenverschärfung und mit unabsehbaren sozialen Auswirkungen. Schon die bisherige Lohnpolitik der Regierung bei gleichzeitig nur schleppendem und völlig unzulänglichem Preisabbau hat sich konjunkturpolitisch als Fiasco erwiesen. Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß das Masseneinkommen in niemals dagewesenen Umfang abgesunken ist. Die Herabdrückung der Arbeitseinkommen durch einen generellen staatlich geordneten Lohnabbau hat eine Belegung der Wirtschaft von der Konsumseite bisher verhindert. Eine Fortsetzung dieser Politik, die offensichtlich Schiffbruch erlitten hat, wäre unverantwortlich.

Die Gewerkschaften gehen schweren Kämpfen entgegen; das Reichsarbeitsministerium hat aber die Pflicht, nicht bloß in Antindigungen und Berprechungen, sondern auch in der Tat den wirtschaftlich wie sozial unverantwortlichen Lohnabbauforderungen der Unternehmer mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Darüber hinaus müssen aber endlich die praktischen Konsequenzen des ersten Brauns-Gutachten, das die Arbeitskürzung forderte, gezogen werden. Anlässlich der Tarifverneuerungen sollten die Schlichter nachdrücklich auf die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung zwecks Wiedereinstellung von Arbeitslosen hinwirken. Die Arbeitskürzung ist bisher nicht vorwärts gekommen, wie die letzte Arbeitsmarktsituation des ADGB zeigt. Wenn die Arbeitskürzung infolge der Obstruktionspolitik der Unternehmer auf dem Wege tarifvertraglicher Vereinbarungen sich nicht unverzüglich erreichen läßt, so muß unverzüglich auf gesetzlichen Wege die Arbeitskürzung gesichert werden.

